

Taktisches Eigentor

Die Roma-Abschiebung in Frankreich löst Proteste aus

Gerd Niewerth*

» Mit der Abschiebung von Roma in ihre Heimatländer wollte Nicolas Sarkozy wohl auch mit Blick auf seine schlechten Umfragewerte und rechte Wählergruppen Stärke demonstrieren. Aber die Rechnung ging nicht auf: Die auch im Ausland argwöhnisch beobachtete Aktion rief Brüssel auf den Plan, wo man auf die EU-Freizügigkeitsrichtlinie pochte.

Contestation

La politique de fermeté menée par le président Sarkozy contre les Roms pendant l'été 2010 a suscité de nombreuses protestations en France comme à l'étranger, y compris de la part du pape Benoît XVI qui est intervenu publiquement, et en langue française, depuis le Vatican pour critiquer la politique du gouvernement devant des pèlerins français. Dans la recherche de mesures musclées pour tenter de gagner des points dans les sondages, le chef de l'Etat n'a pu convaincre la population du bien-fondé de ses initiatives, et ce d'autant moins que les amalgames faits entre les Roms, les gens du voyage et les manouches ont rapidement été dénoncés.

La Commission européenne de Bruxelles a également, par la voix de sa commissaire à la Justice, Viviane Reding (du Luxembourg), montré la France du doigt dans cette affaire, provoquant un sérieux malaise lors du sommet européen de Bruxelles. Seul résultat: le président n'a pas réussi à freiner sa chute dans les sondages. Réd.

Vor vier Jahren dankte ihm die Republik dafür mit dem Verdienstorden. Doch nun, im Spätsommer 2010, da auf ausdrückliche Anweisung von Staatspräsident Nicolas Sarkozy ein Roma-Lager nach dem anderen geräumt wird, empfindet Hervet die Auszeichnung als wertlos. Aus Protest schickt er das Blech an Innenminister Brice Hortefeux zurück. Und sagt vor Journalisten im Übereifer dramatische und nicht nur für einen Gottesmann ungeheuerliche Sätze, die die Nachrichtenagenturen um die ganze Welt jagen. „Ich bitte um Vergebung, doch ich bete dafür, dass Sarkozy einen Herzinfarkt bekommt“, erklärt Hervet, und fügt achselzuckend hinzu: „Ich weiß nicht mehr weiter – mir ist klar, dass das nicht okay ist.“ Die Reaktion des Geistlichen ist bezeichnend für die Welle der Entrüstung, die Frankreichs Präsident in diesem Sommer losgetreten hat. Sie erfasst nicht nur die Opposition, auch der Pariser Kardinal André Vingt-Trois und der Bischof von Versailles erheben aus Protest ihre Stimme. Selbst der Papst meldet sich gegenüber französischen Pilgern in ungewohnter Deutlichkeit zu Wort und tadelt ihr Staatsoberhaupt. Auf Französisch ruft Benedikt XVI. dazu auf, andere Menschen in ihrer „legitimen Unterschiedlichkeit“ zu akzeptieren. Ein ungewohnt heftiger Rüffel des Vatikans für das französische Staatsoberhaupt.

Dabei ist die Abschiebung von Roma in ihre Heimatländer an sich nichts Ungewöhnliches. Schon 2009 hat Paris über 10 000 zurückge-

Arthur Hervet, 71, ist katholischer Geistlicher in Lille. Ein Seelsorger, der weit über seine Gemeinde hinaus beliebt ist und respektiert wird – besonders wegen seines unerschütterlichen Engagements für die Schwachen und Benachteiligten.

* Gerd Niewerth ist Frankreich-Korrespondent der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung* (WAZ).

schickt, die meisten nach Rumänien und einen weitaus geringeren Teil nach Bulgarien. Auch im Laufe des Jahres 2010 mussten bereits über 8 000 auf Anordnung der Behörden das Land verlassen, ohne dass dies an die große Glocke gehängt wurde. Doch nun, mitten in der langen Sommerpause, in dieser nachrichtenarmen Zeit, in der sich die Franzosen an den Stränden des Mittelmeers oder des Atlantiks erholen, setzt der Präsident die Existenz illegaler Roma-Lager ganz oben auf die Tagesordnung. Es ist eine bewusste Inszenierung, die sich rasch zu einer Staatsaffäre ausweitet und wenig später in Brüssel ein mittleres politisches Erdbeben auslösen wird. Die Absicht des Präsidenten ist leicht zu durchschauen. Er will sich endlich wieder einmal in Szene setzen und zwar in einer seiner Lieblingsrollen, in der des starken Mannes. Er tut dies auf Kosten der Roma, einer in den meisten europäischen Ländern diskriminierten und unbeliebten Volksgruppe.

Um das Bild zu vervollständigen, muss daran erinnert werden, dass Nicolas Sarkozy zu diesem Zeitpunkt zurückblickt auf eine monatelange deprimierende Serie aus Affären und Skandalen, Misserfolgen und Peinlichkeiten. Am meisten setzt ihm die Affäre Bettencourt-Woerth um angebliche illegale Parteispenden des superreichen *L'Oréal*-Clans für seinen Präsidentschaftswahlkampf 2007 zu. Derselbe Präsident, der sein Volk dazu antreibt, mehr zu arbeiten, um mehr zu verdienen, steht nun unter dem unvoreilhaftem Verdacht, ein guter Freund der Reichen zu sein. Der die Hand aufhält und sich dafür mit üppigen Steuergeschenken revanchiert. Derart mit dem Rücken zur Wand sucht er offenbar das befreiende Ablenkungsmanöver.

Ablenkungsmanöver im Sommerloch

Im Juli kommen die Dinge nach einem Vorfall in der Bretagne in Gang. Ein junger Mann, der vor einer Verkehrskontrolle flüchtet, wird von der Polizei erschossen. Als wütende Roma daraufhin auf Polizeibeamte losgehen, holt Nicolas Sarkozy zum gezielten Schlag aus, indem er seine Regierung und die Behörden anhält, umgehend alle illegalen Lager in Frankreich zu räumen und die Bewohner in ihre Heimatländer zu schicken. Die

Bilder, die das Fernsehen in den nächsten Tagen ausstrahlt, sind ganz im Sinne der PR-Strategen des *Elysée*-Palastes. Sie sollen den Menschen klar machen, dass ihr hart zupackender Präsident im ganzen Land für Ruhe und Ordnung sorgt. Zeitweilig scheint das Kalkül sogar aufzugehen. Besonders bei den unentschlossenen Wählern am rechten Rand, die zwischen Jean-Marie Le Pen rechtsextremistischem *Front National* und der Regierungspartei UMP schwanken, scheint sein Rechtsruck zunächst gut anzukommen.

Nur: Aus lauter Aktionismus werfen sie in Paris unzulässigerweise alle in einen Topf: Roma, „*gens du voyage*“ (Fahrendes Volk), „*manouches*“ (Zigeuner). Dabei besteht zwischen den etwa 15 000 überwiegend aus Rumänien stammenden Roma und dem „*Fahrenden Volk*“ ein gravierender Unterschied. Denn bei den schätzungsweise 500 000 Landfahrern handelt es sich meistens um *tsiganes*, deren Vorfahren schon vor Jahrhunderten in Frankreich Wurzeln geschlagen haben. Sie haben längst französische Namen und französische Pässe. Wie eh und je klappern immer noch rund 130 000 von ihnen mit ihren Wohnwagen-Gespanssen die Jahrmärkte und Festivals zwischen Lille und Lyon, zwischen Paris und Perpignan ab. 220 000 wiederum, so schätzt man, sind längst sesshaft geworden. Innenminister Brice Hortefeux, ein schnell aufbrausender Charakter, tut sich jedoch in Interviews hervor, indem er über die „*Größe mancher Autos*“ der Landfahrer schwadroniert. Sein Ansinnen, Steuerfahnder sollten endlich einmal deren Vermögensverhältnisse überprüfen, könnte sich jedoch sehr schnell als ein Schuss erweisen, der nach hinten losgeht. Das Wirtschaftsmagazin *Capital* hat nämlich in seiner Oktoberausgabe darauf hingewiesen, dass die „Landfahrer“ ihre Karossen und Wohnwagen keinesfalls durch krumme Geschäfte oder Diebstähle finanzieren, sondern in der Regel durch ehrliche Arbeit. Sie sind entweder fliegende Händler, Schausteller, Artisten und Kunsthandwerker oder verdingen sich als Saisonarbeiter in der Landwirtschaft und in den Weinbergen.

Und wie bestreiten die Roma ihren Lebensunterhalt? Nun, die meisten leben auch in Frankreich unterhalb des Existenzminimums. Sie arbeiten als Tagelöhner, betteln vor Touristenmagneten

wie der Kathedrale *Notre Dame*, musizieren in der Metro oder putzen an Straßenkreuzungen Windschutzscheiben. Sie verdienen mal 20, mal 30 Euro am Tag. Nicht viel, aber mehr als in ihrer Heimat. Wahr ist allerdings auch, dass sich ein Teil der Roma auf Diebstähle und Wohnungseinbrüche spezialisiert hat. Brice Hortefeux hat vorgerechnet, dass im Jahr 2009 jeder fünfte von insgesamt 2 094 Diebstählen in Paris auf das Konto von Rumänen, in der Regel Roma, gegangen ist. Eine Tatsache, die auch Menschenrechtsorganisationen bestätigen: Über die Hälfte der Täter sind Kinder und Jugendliche, die strafrechtlich nicht belangt werden können. Dahinter steckt vielfach ein kriminelles Netzwerk, das an Menschenhandel und organisierter Kriminalität ebenso verdient wie an Prostitution.

Intervention aus Brüssel

Je länger der Kampf gegen die illegalen Roma-Lager dauert, desto unschöner werden die Bilder: wie die von Einsatzhundertschaften, die bei Tagesanbruch anrücken und sich jammernden Müttern mit weinenden Kindern konfrontiert sehen. Die von Baggern und Raupen, die die armseligen Campingwagen und Hütten niederwalzen. Oder die von Roma, die in Lyon, Marseille, Paris und anderswo per Bus und Flugzeug gen Heimat verfrachtet werden. Bilder, die im krassen Widerspruch stehen zum hohen Anspruch Frankreichs, das Land der Menschenrechte, der Zufluchtsort der Schwachen und Entrechteten zu sein.

Die Auseinandersetzung eskaliert auf dramatische Weise, als die Brüsseler EU-Justizkommissarin Viviane Reding (Luxemburg) die französische Abschiebepaxis mit den Deportationen der Nazi-Zeit vergleicht. Kurz darauf beherrscht die Affäre sogar das europäische Gipfeltreffen der 27 Staats- und Regierungschefs. Die Tagesordnung wird gekippt, nun stehen plötzlich Frankreich und die Roma auf der Tagesordnung. Nicolas Sarkozy attackiert Kommissionspräsident José Manuel Barroso und bestreitet das Recht der EU-Kommission, Frankreichs Abschiebepaxis zu kritisieren. Die Justizkommissarin zieht den Nazi-Vergleich zwar schnell zurück, aber in der Sache bleibt sie hart. Sie droht Frankreich mit der Einleitung ei-

nes Vertragsverletzungsverfahrens, weil Paris ihrer Ansicht nach die EU-Freizügigkeitsrichtlinie nicht vollständig in nationales Recht überführt hat. Als EU-Bürger können sich Rumänen und Bulgaren seit Anfang 2007 grundsätzlich frei in den Mitgliedsländern bewegen. Zehn Länder, darunter auch Deutschland und Frankreich, haben jedoch besondere Übergangsregelungen (bis 2014) erlassen. Paris etwa pocht auf eine Aufenthalts- und Arbeiterlaubnis.

Die harsche Brüsseler Kritik entzündet sich an einer Dienstanweisung des Innenministeriums. In einem Rundschreiben vom 5. August soll Michel Bart, der Kabinettschef des Innenministers, die Präfekten aufgefordert haben, gegen illegale Lager vorzugehen und zwar „als Erstes gegen die der Roma“. Auf bestimmte Volksgruppen oder ethnische Minderheiten abzielen, widerspricht jedoch den Prinzipien der Republik, insbesondere dem Gleichheitsgrundsatz. Hortefeux' Büroleiter droht nun eine Anklage wegen „Anstiftung zum Rassenhass“. *Le Monde* berichtet Anfang Oktober ferner über eine ähnlich diskriminierende Praxis bei der Gendarmerie, die jedoch von Polizeiführung und Ministerium bestritten wird. Danach soll die Abteilung für Verbrechensbekämpfung eine „illegale und geheime“ Datenbank angelegt haben, in der speziell Erkenntnisse über Roma und „*Fahrendes Volk*“ gesammelt werden.

Zwischenzeitlich versuchen aufgebrachte Parteifreunde des französischen Präsidenten ihre Wut an Luxemburg, dem Heimatland der ungeliebten EU-Justizkommissarin auszulassen. Senator Philippe Marini etwa wünscht sich in einem zynischen Radiointerview, dass das Gespräch zwischen Napoleon III. und Bismarck 1867 ein anderes Ergebnis gehabt hätte, nämlich „*dass Luxemburg nicht existiert*“. Dessen ungeachtet hält die EU-Kommissarin Kurs – und bleibt am Ende Siegerin nach Punkten. Erst nachdem die französische Regierung am 19. Oktober „*einen glaubhaften Zeitplan*“ für die Anpassung der Freizügigkeitsrichtlinie an nationales Recht vorgelegt hat, verzichtet die Kommissarin auf ein Verfahren.

Nicolas Sarkozy hat mit der Roma-Abschiebung ein Ablenkungsmanöver versucht, das zu einem Eigentor führte – und den Staatspräsidenten nicht aus dem Stimmungstief herausreißen konnte.